

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, für die Kreistagsitzung am 25. März 2014

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

soeben haben wir die Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden vernommen. Eine nette Wahlkampfrede, eine euphemistische Rede, eine Rede, die wie eine Erzählung daherkommt, eine Erzählung, die märchenhafte Züge trägt. Beispiel? Die Entschuldigung des RKN hat tatsächlich stattgefunden. Doch wurde sie teuer erkaufte: nämlich auf Kosten der Städte und Gemeinden, die dies in der Vergangenheit bezahlt haben. Sie haben dies getan, als die Kommunen in einer prekären Situation waren. Parallel dazu hat die Regierung Rüttgers die Kommunen geplündert. Die neue Landesregierung hingegen hat die Zuweisung an die Kommunen gesteigert. Das ist die ganze Wahrheit.

Wenn Sie die Rede, die ich für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen hier halte, bis zum Ende gehört haben, dann werden Sie mir sicherlich zustimmen, wenn ich folgende Charakterisierung von Herrn Welsinks Rede vorschlage:

Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt!

Lassen Sie mich zunächst aber dem Kämmerer, Herrn Graul, und der Abteilung Finanzen, immer noch etwas altbacken Kämmerei genannt, Dank sagen.

Sie haben uns den Haushalt mit all seinen Fehlern - nach Ihrer Auskunft einer notwendigen Programm-Umstellung geschuldet – erläutert und die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen durch die Fachämter koordiniert.

Die waren, um das hier einmal deutlich zu sagen, von sehr unterschiedlicher Qualität.

Von exzellenten, detailreichen bis zu absolut nichtssagenden finden sich alle Arten von Antworten. Erstaunlich, dass auch einige offen arrogante darunter waren.

Duktus: Was kümmert uns diese grüne Nörgler-Truppe!

In bestimmten Teilen der Verwaltung, nicht in der Kämmerei (!), scheint eine Haltung entstanden zu sein, die von vielen Jahren uniformer Denkrichtung geprägt ist.

Das zeigt sich auch daran, dass der Landrat, eher nicht willens als nicht in der Lage ist, einen Haushalt nach NKF-Maßstäben vorzulegen. Seit Jahren mahnen wir an, Leistungs- und Kennzahlen schon im Planentwurf zu liefern und in den Ausschüssen politische Ziele beschließen zu lassen. Für uns GRÜNE sind dies wichtige Größen, die die Grundlage für eine politische Steuerung über den Haushalt bilden.

Aber wir machen nicht ihren Job! Offensichtlich braucht es andere Mehrheiten in diesem Haus und eine Landrätin, um eine moderne Finanzsteuerung einzuführen.

Arroganz der Macht – so könnte man die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss überschreiben. Hatte man vorher noch seitens der CDU betont, sinnvolle Anregungen aufnehmen zu wollen, so wurde im Ausschuss dann durchgestimmt. Kommen Sie noch einmal mit dem an uns adressierten Vorwurf, ein Kreistag sei kein Parlament, es gebe keine Regierung und keine Opposition. Genau diese Spaltung betreiben Sie!

Haushaltsreden sind immer Anlass für einen kritischen Blick zurück. Nur so lässt sich die Zukunft besser gestalten. In diesem Jahr gilt dies besonders, nicht nur weil uns

ein Doppelhaushalt vorgesetzt wurde, sondern auch weil eine Wahlperiode zu Ende geht.

Blickt man zurück, was die schwarz-gelbe Mehrheit in diesem Kreistag auf den Weg gebracht hat, so bewegen wir uns in der Punkteverteilung für politische Gestaltung bestenfalls auf der Null-Ebene. Null, weil keine wirklichen Impulse von ihr ausgegangen sind. Die meisten von Ihnen eingebrachten Anträge befassten sich mit ohnehin laufenden politischen Prozessen. Sie wurden nur deshalb eingebracht, um schnell noch ein Feld politisch zu besetzen.

Beispiel: Inklusion

Den Inklusionsprozess zu verstehen, ist Ihnen von der CDU-Kreistagsfraktion, anders als etwa ihrer Schwester-Fraktion in der Stadt Neuss und Ihrer früheren Landtagsfraktion, offensichtlich schwergefallen. Gestützt durch die Verwaltung haben sich dann jedoch einige auf den Weg gemacht. Wir werden heute an anderer Stelle noch darüber reden. Aber eines sei Ihnen jetzt schon einmal am Beispiel der schulischen Inklusion gesagt:

Oberstes Ziel des Inklusionsprozesses ist nicht der Erhalt von Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss, sondern die mit Zeit- und Zielvorgaben verbundene Umsetzung des individuellen Rechts auf Inklusion, so wie der Kreis Wesel dies im Bereich der Grundschulen schon vorgezeigt hat. Das ist für alle ein Lernprozess und beileibe kein nur politisches, sondern vor allem ein gesellschaftliches Projekt. Es wird sich mindestens über ein weiteres Jahrzehnt hinziehen. Ja ein weiteres Jahrzehnt, denn Inklusion hat in NRW nicht mit der Verankerung der UN-Menschenrechtskonvention begonnen, sondern war und ist - bei uns Grünen programmatisch schon immer verankert – als „Gemeinsamer Unterricht“ auf den Weg gebracht worden. Wahrlich kein neuer, wenn auch jetzt ein beschleunigter und umfassenderer Prozess.

Ein weiteres Beispiel dafür, politischer Felder zu besetzen, ist Ihr Versuch, **Arbeitsmarktpolitik** betreiben zu wollen.

Im letzten Jahr waren Sie noch guter Hoffnung, die allgemeine konjunkturelle Entwicklung würde dazu beitragen, dass auch Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Sie haben alle Warnungen der Grünen - auf verschiedensten Ebenen von uns vorgetragen - abprallen lassen. Diese Fehleinschätzung hat uns fast 3,4 Millionen € Mehrausgaben gekostet (*Vorlage des KA vom 19.3. S. 30/48: +3.389.449,71€!*) Nur die erhöhten Leistungen von Bund und Land haben sie vor der Blamage der haushaltswirksamen Fehlkalkulation gerettet. Nun haben Sie versucht nachzusteuern. Ihr Antrag zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit greift jedoch nur eine Ankündigung der Verwaltung, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, auf. Es dupliziert im Wesentlichen das Landesförderprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Manche unken schon, Ihr Vorhaben sei ein als Arbeitsmarktprogramm getarntes Erziehungsprogramm für Jugendliche. Von der Ernsthaftigkeit ihres Konzepts, so es denn eines ist, sind wir bis dato nicht überzeugt! Wir sind gespannt auf die Details. In der Stadt Neuss haben die Mehrheitsfraktionen das Berufsbildungswerk in Insolvenz gehen lassen. Wo war da ihre kritische Stimme? Hier wurden Ausbildungsstellen für bestimmte Zielgruppen vernichtet! Politische Verantwortung zu übernehmen und gegenzusteuern, sieht anders aus!

Hinzu kommt, dass Ihr Verständnis von Arbeitsmarktpolitik zu kurz greift. Die Problembereiche von Langzeitarbeitslosigkeit liegen zwar auch bei Jugendlichen, aber nicht in erster Linie in diesem Segment, sondern vor allem bei anderen Personengruppen. Vor allem bei jenen, denen die Integrationsmittel vom Bund um über 40% weggekürzt worden sind. Es ist das fatale Erbe der schwarz-gelben Bundesregierung, das wir auf kommunaler Ebene zu kompensieren suchen.

Dazu diente der umfassende Antrag der Grünen zur modellhaften Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss, der auf neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen und Schlussfolgerungen beruht, die von der Bundesagentur, dem Städte- und dem Landkreistag gemeinsam getragen werden.

Dies haben Sie abgelehnt.

Schon versagt haben Sie mit dem Geschäftsbereich „dienstbar“. Vor drei Jahren wurde er von der Beschäftigungsförderungsgesellschaft des Rhein-Kreises Neuss gegründet und mit hohem publizistischem Trara verkündet. Anfang des Jahres wurde die Firma dann im sogenannten „Sportplatzdeal“ klammheimlich abgestoßen. Sie haben es nicht geschafft, diese gute Dienstleistung aufzubauen. In anderen Städten und Kreisen sieht dies durchaus anders aus.

Beispiel: Braunkohle und Klimaschutz

Wie oft haben wir Grüne in den vergangenen Jahren hier an dieser Stelle den Komplex Klimapolitik-Braunkohle-RWE angesprochen.

Wie oft haben wir davor gewarnt, einseitig auf diese Dinosauriertechnologie zu setzen!

Wie oft haben wir vor dem Niedergang des Konzerns, durch die Sackgassen-Industriepolitik eines Herrn Großmann verursacht, gewarnt!

Wie oft haben wir angeprangert, dass auch die kommunalen Aktionäre, zu dessen Vertretern auch der Landrat gehört, dies mittragen!

Wie oft haben wir auf den tatsächlichen Arbeitsplatzabbau, ohne dass Ersatzarbeitsplätze im Rhein-Kreis Neuss im Energie-Segment entstanden sind, hingewiesen!

Und schließlich: Wie oft haben wir verlangt, die RWE-Aktien zu verkaufen, zuletzt bei einem Kurs von 88,50 €, um damit Schaden vom Lindenhof abzuwenden.

Sie von der CDU haben unsere Warnungen immer ignoriert. Im Gegenteil:

In Anlehnung an das Reichs-Energiewirtschaftsgesetz von 1936 haben Sie die Braunkohleverstromung mit dem Argument der „Sicherheit der nationalen Energieversorgung“ gerechtfertigt. Dabei wissen wir: Deutschland ist Exporteur von überschüssigem Strom. Und was macht RWE? Will mitten in der Krim-Krise die Tochter DEA an einen russischen Oligarchen verkaufen.

Nun stehen wir gemeinsam vor einem Scherbenhaufen. Doch weder industriepolitisch noch klimapolitisch gibt es von Ihnen Initiativen. Auch hier nur Obstruktion: Sie und der Landrat verhindern jede noch so kleine klimapolitische Initiative.

So wurde der Antrag von uns Grünen, am European Energy Award (eea), dem Programm für umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik in Städten, Gemeinden und Landkreisen, teilzunehmen, rundweg abgelehnt.

Inzwischen beteiligen sich bereits 32 Kreise und 257 Städte und Gemeinden an diesem Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren. Auch die Stadt Neuss, auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Stadtrats. Der

Bürgermeister, Herr Napp, strebt sogar an, die Goldzertifizierung noch persönlich erreichen zu wollen. Warum nicht auch Sie, Herr Landrat? Sie greifen doch sonst immer zu, wenn irgendwo ein Ranking angeboten wird. Haben Sie Angst davor bescheinigt zu bekommen, dass der Rhein-Kreis Neuss weit hinterherhinkt? So kann man festhalten: Wären die CDU-Kreistagsfraktion und ihr Landrat die einzigen klimapolitischen Akteure im RKN, hier fände die Energiewende gar nicht statt.

Deshalb braucht es neue Mehrheiten in unserem Kreis, damit eine wirklich nachhaltige Klimapolitik entsteht. Diesen Anspruch formulieren wir Grüne seit mehr als zwei Jahrzehnten. Deshalb freuen wir uns, dass auch die SPD bereit ist umzudenken. Es ist ja auch ein kompletter Wahnsinn, dass die Stromproduktion aus Braunkohle 2013 in Deutschland so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr war. Gleichzeitig ist sie für gut ein Viertel der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Auch der Arbeitsplatzabbau schreitet voran. Waren 1989 im rheinischen Braunkohlerevier noch 15.500 Menschen beschäftigt, so werden es Ende 2014 voraussichtlich unter 10.000 sein. Hinzu kommt, dass der bestehende Energie-Sektor nicht zu den Brancheninitiativen der Zukunft im RKN gehört. Das ist das Ergebnis der Wirtschaftsförderungsstudie, die Herr Wied im letzten Kreisausschuss vorgetragen hat. Braunkohle ist also, keine neue Erkenntnis für uns Grüne, ein Auslaufprojekt.

Beispiel: Einseitige Wirtschaftsförderung

Da wundert es auch keine und keinen, dass der Rhein-Kreis Neuss in seriösen Wirtschaftsstruktur-Analysen regelmäßig ein geringes bis mittelmäßiges Innovationspotenzial bescheinigt bekommt. Die Wirtschaftsförderung im Rhein-Kreis Neuss ist ein aufgeblasener Riese und einseitig zugleich. Aufgeblasen, weil der - zugegeben schwierig zu führende- Nachweis, welchen konkreten Nutzen die vielen Messe- und insbesondere die Auslandsaktivitäten haben, bis heute nicht erbracht ist. Sieht man sich die Kurzberichte über und insbesondere die Bilder von den Wirtschaftsdelegationen an, so möchte man rufen: „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen!“ Was sehen wir dort? Steinmetz and Friends. Meist lokale CDU-Granden und deren Netzwerke. Der Schwerpunkt der Reisen liegt außerhalb Europas, obwohl der Großteil der Exporte aus dem RKN ins europäische Ausland geht. Hier muss umgesteuert werden.

Einseitig ist die Wirtschaftsförderung auch, weil sie zwar versucht die Unternehmensseite zu fördern, die andere Seite der Marktwirtschaft, die anderen wirtschaftlichen Akteure im marktwirtschaftlichen Prozess, die Verbraucher, aber außen vorlässt. Wie wichtig aber gerade die Verbraucherrückmeldung für die Funktionsfähigkeit des Systems der Sozialen Marktwirtschaft ist, das können Sie schon bei dessen Begründern, etwa bei Walter Eucken, nachlesen.

Sie schützt übrigens auch qualitätsorientierte regionale Unternehmen.

Seit 1988 treten wir Grünen für ein Netz von Verbraucherberatungsstellen im Rhein-Kreis Neuss ein. Bis jetzt gibt es nur die eine in Dormagen - und die ist völlig überlastet. Mönchengladbach und Düsseldorf sind für Verbraucher zu weit weg. Eine weitere **Verbraucherberatungsstelle**, am besten in Neuss, so unser Antrag, als kleiner Baustein zur Verbesserung der Lebensqualität im Rhein-Kreis Neuss, haben

Sie im Finanzausschuss rundweg abgelehnt. Ihr Argument: Die Bürgermeister würden dies ablehnen.

Wir Grüne meinen: In dieser Frage sollte man vor allem die Bürgerinnen und Bürger fragen und nicht in erster Linie die Bürgermeister. Fragt man aber dort nach, wir Grünen haben dies getan, so entpuppt sich ihre Behauptung als dreiste Zwecklüge. Die Bürgermeister haben ihre Zustimmung nur den allgemeinen Zahlen des Haushalts gegeben. Das ist verständlich, hat sich doch die finanzielle Situation ihrer Kommune, von Grevenbroich einmal abgesehen, verbessert.

Die i.d.R. durch die erholte wirtschaftliche Situation gestiegenen Steuereinnahmen und die Stärkung der kommunalen Finanzen durch das Land haben erheblich dazu beigetragen. Zusätzlich erfreut man sich an der etwas abgesenkten Kreisumlage. Zu einzelnen Etatposten haben die Bürgermeister jedoch, ausweislich des Protokolls der Konferenz, nicht Stellung genommen.

Die Ablehnung einer weiteren Verbraucherberatungsstelle durch die CDU hat also schon stark ideologische Züge. Sie haben sich in Ihrer gedanklichen Ordnung eingemauert oder wie Friedrich Dürrenmatt schreibt: „Ideologie ist Ordnung auf Kosten des Weiterdenkens“. Indem Sie einseitig die Unternehmenseite fördern wollen, verabschieden Sie sich von den Grundideen der „Sozialen Marktwirtschaft“. Diese in eine konkrete, moderne und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik umzusetzen, ist nun Aufgabe von Bündnis 90/Die Grünen geworden. Wir werden uns dieser Aufgabe gerne stellen.

Jeder informierte Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitiker kennt die Folgen, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben. Es werden Fachkräfte in vielen Wirtschaftszweigen fehlen. Nur mit guten Angeboten wird es gelingen, die Folgen durch Zuzug von ausländischen Fachkräften und durch Erhöhung des Erwerbspotentials von Frauen abzumildern.

Gerade hier hat die Wirtschaftsförderung, angeführt vom Landrat, total versagt. Überall in NRW beteiligen sich Städte und Kreise an den „Kompetenzzentren Frau und Beruf“. Nur im Rhein-Kreis Neuss nicht! Man(n) will offensichtlich nichts verändern.

Ohnehin widmen Sie sich lieber Ihrer **Klientelpolitik**. Der Neubau der **K37n**, also die Anbindung eines durch sein Steuersparmodell bekannten Global Players ans öffentliche Straßennetz, soll nun mit Steuergeldern aus dem Kreishaushalt finanziert werden. Was haben Sie, insbesondere der Landrat, das Land, das angeblich keine Mittel zur Verfügung stellen will, attackiert! Dabei ist die CDU es, im Kreis und in Kaarst, die einen handwerklichen Fehler nach dem anderen begeht. Erstens sind mündliche Zusagen von zuständigen Ministern der eigenen Partei nur solange gültig, wie diese im Amt sind und zweitens haben Sie das Bundesbahnkreuzungsgesetz komplett ignoriert und damit auf Mittel verzichtet.

Ähnlich könnte es Ihnen nun bei der **K 9n** gehen, die wir Kreisgrüne für ökologisch mehr als bedenklich bzw. inhaltlich fehlentwickelt halten. Durch die anhängige Klage des BUND liegt kein uneingeschränktes Baurecht vor. Für die Dauer der Klage ist eine Genehmigung der Fördermittel seitens des Landes ausgeschlossen.

Stattdessen wollen wir das Radwegenetz schneller und den SPNV qualitativ besser (z.B. die RB 38) ausbauen.

Zu Ihrer angeblichen Wirtschaftsförderung und tatsächlichen Klientelpolitik gehört auch die **Internationale Schule am Rhein**. Zur Qualität der Schule kann man sich ohne eine bisher fehlende transparente Evaluation, die die berichteten Erfolge nachweisbar darstellt, nicht seriös äußern. Wohl aber zu dem finanziellen Engagement des Rhein-Kreises Neuss. Wir Grüne haben die Unterstützung der ISR aus Wirtschaftsförderungsgründen deshalb zunächst wohlwollend begleitet, weil uns das Argument, die Kinder von globalorientierten Wirtschaftsmanagern bräuchten eine international ausgerichtete, englischsprachige Schule, eingeleuchtet hat. Wir sind dann aber im August 2006 ausgestiegen, weil wir weder die prognostizierten Anmeldezahlen noch die damit zusammenhängende Wirtschaftlichkeit als belastbar angesehen haben. Wir Grüne haben Sie davor gewarnt, Steuergelder für ein nicht-tragfähiges Konzept zu verbrennen. Nun ist dies leider eingetreten. Der Rhein-Kreis Neuss hat für eine einzelne Wirtschaftsförderungsmaßnahme mindestens über 1,3 Millionen € verbrannt. Wer so etwas zu verantworten hat, gehört abgewählt!

Auch deshalb, weil sie Ihren nächsten großen Fehler vorbereiten:

Lange Jahre haben wir nichts über den Zustand der Sportanlage in **Knechtsteden** gehört. Nichts wurde dazu vorgetragen, dass eine Sanierung erforderlich sei. Zunächst hieß es dann Sanierung, dann grundlegende Sanierung und schließlich Neubau an anderer Stelle, weil Ausweitung der Laufbahn und Aufmotzung der Sportanlage, einhergehend mit einer Vervielfachung des ursprünglichen Kostenansatzes. Alternativen wie die Nutzung der Sportanlage in Straberg und die Nutzung der Sportanlagen von Bayer wurden nicht geprüft. (By the way: Natürlich ist es komfortabel, wenn eine Schule einen eigenen Sportplatz hat. In vielen Kommunen des RKN ist es aber normal, dass Schulen keinen eigenen Sportplatz haben und andere nutzen müssen.) Vom Erzbistum soll es keinen Cent geben! Auch nicht vom Norbert-Verein. Der verbittet sich jegliche Kritik an seinem Vorhaben und antwortet mit persönlichen Beleidigungen.

Wir Grüne sind uns einig: Eine solche XXL-Luxusvariante ist in Zeiten, in denen die Kommunen für den Erhalt ihrer Sportanlagen kämpfen, nicht darstellbar. Sportvereine in Neuss wie der Sportgemeinschaft Erfttal (mit Heinz Sahnen) und die Sportvereinigung Weissenberg (mit Jürgen Steinmetz) übernehmen die Sportanlagen sogar in Eigenregie.

Wir Grüne sind, gemäß den eben formulierten Bedingungen (Überprüfung von Alternativen und Verbreiterung der Beteiligungen), für eine Erneuerung der bestehenden Anlage am bestehenden Ort eingetreten. Mit dem jetzigen Beschluss, den Sie zu verantworten haben, setzen Sie sich dem Vorwurf der Klientelpolitik aus. Für uns Grüne ist oberster Maßstab, dass alle Schulen gleich gut behandelt werden. Es kann aber nicht sein, dass die besser gestellt werden, deren Schüler die einflussreicheren Väter.

Wir fassen zusammen:

Schwarz-Gelb hat diesen Rhein-Kreis Neuss nicht nach vorne gebracht und nicht zukunftsfähig gemacht.

Schwarz-Gelb hat in den Haushaltsberatungen alle unsere konstruktiven Anträge abgebugelt.

Schwarz-Gelb will weder die Langzeitarbeitslosigkeit umfassend und nachhaltig bekämpfen, noch die Verbraucher unterstützen, noch den Klimawandel stoppen und verweigert sogar den ExpertInnen-Rat in der Frage, wie man Sportvereine und Ganztagschüler zusammenbringt. Da herrscht nur noch Wagenburg-Mentalität! Leopold von Ranke hat einmal geschrieben: „Es ist in der Regel das Schicksal der zum Siege gelangten Parteien, über den Sieg zu zerfallen.“ Das ist hier im Rhein-Kreis Neuss offensichtlich der Fall.

Wir GRÜNE wollen die Kreispolitik verantwortlich mitgestalten und sie von ihren verkrusteten Strukturen befreien. Wir wollen eine jahrzehntelange Politik des „Weiter so“, die nur noch ihre eigenen Klientelgruppen bedient, die in weiten Teilen rückwärtsgewandt ist und zunehmend dadurch geprägt wird, was man als „Arroganz der Macht“ bezeichnet, tiefgreifend verändern.

Nicht nur im Hinblick auf die Kreistagswahl im Mai dieses Jahres stellt sich für uns GRÜNE die Frage: Was kann die Kreispolitik mit ihren Mitteln tun, um den Rhein-Kreis Neuss zukunftsfähig im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu machen, damit sich die Lebensqualität der in unserer Region lebenden Menschen verbessert? Antworten auf diese Frage werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Programm für die nächsten sechs Jahre (und darüber hinaus) vorlegen. Sie jetzt hier vorzutragen, würde den im Ältestenrat vereinbarten Zeitrahmen sprengen. Aber soviel sei schon gesagt: Es sind originär „grüne“ Antworten, die Umwelt, Wirtschaft, Soziales und demokratische Beteiligung als untrennbare Einheit begreifen. Es sind originär „grüne“ Antworten, die auf Veränderung setzen.

Wir GRÜNE zeigen darin, wie sich der Rhein-Kreis Neuss entwickeln muss, damit er zukunftsorientiert wird und die Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Wirkliche Änderungen gibt es nur mit der Partei, die die Lebensgrundlagen schützt und nachhaltige Entwicklungen einleitet, die Solidarität und Gerechtigkeit fördert und Freiheitsrechte verteidigt. Wirkliche Veränderungen im Rhein-Kreis Neuss gibt es nur mit einer starken grünen Kreistagsfraktion.

Unser Ziel ist GRÜN + X = Mehrheit der Sitze im Kreistag.

Wir kämpfen dafür, dass dabei GRÜN so stark wie möglich wird und eine absolute Mehrheit der CDU verhindert wird.

Und ich kämpfe dafür, dass wir Grüne die nächste Haushaltsrede an dritter Stelle halten können.